

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.02.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Mecklenburg, Rico

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Burfeind, Heidrun
Götze, Horst
Schulze, Kai-Uwe
Swieter, Benjamin
Wessels, Johann

für Rats Herrn Horst Jahnke

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Orth, Petra

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Eilers, Hillgriet

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Koziol, Stephan-Gerhard

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Büsker, Wilhelm
Mansholt, Dieter
Stomberg, Beate
Wegbänder, Martin

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Mecklenburg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Mecklenburg schlägt vor, den TOP 13 „Endgültige Erschließungsbeitragsabrechnung der Erschließungseinheit Tholenswehr durch Ablösevereinbarungen“ vorzuziehen und nach TOP 4 zu behandeln, um einigen Gästen aus dem Stadtteil Tholenswehr ein früheres Gehen zu ermöglichen.

Beschluss: Gegen die geänderte Tagesordnung werde keine Einwendungen erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 01.02.2007

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 01.02.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Auf Fragen einiger Anwohner aus dem Stadtteil Tholenswehr, führt **Herr Lutz** aus, eine abschließende rechtliche Würdigung für die Altverträge läge noch nicht vor. Da die Prüfung noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde, könne er dazu noch keine Antwort geben.

Weiter erklärt Herr Lutz, hinsichtlich der Frage der Verzinsung der Gelder müsse er darauf hinweisen, dass die Stadt Emden mit dem Geld nicht arbeiten habe und keine Zinsgewinne daraus gezogen habe.

Bezüglich der Geldentwertung stellt Herr Lutz fest, das damals eingezahlte Geld würde heute nicht ausreichen, um eine Straßenbaumaßnahme durchzuführen. Aus diesem Grunde müsste man einen Kaufpreisverlust u. ä. einrechnen.

Abschließend bemerkt er, die Vertragsverhandlungen im Hinblick auf die Übertragung der Straße vom Land auf die Stadt Emden stünden kurz vor dem Abschluss.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 15/0073

Die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 werden gemeinsam beraten.

Herr Lutz führt aus, für das vergangene Haushaltsjahr könne festgestellt werden, dass das Jahresergebnis mit einem Defizit in Höhe von ca. 4,9 Mio. € abschließen und damit um etwa 1 Mio. € geringer als geplant ausfallen werde. Für das laufende Haushaltsjahr liege nunmehr eine Nachricht vom Land Niedersachsen vor, dass die Landesregierung einen Beschlussvorschlag zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vorgelegt habe. Die Verwaltung habe sich bemüht, auf dieser Grundlage den Haushaltsentwurf zu überarbeiten. Aufgrund der höheren Einnahmeerwartung könne das Defizit nunmehr um 2,6 Mio. € gegenüber dem Haushaltsentwurf verringert werden.

Weiter erklärt er, die verringerten Defizite aus den Jahren 2006 und 2007 hätten für die weitere Finanzplanung die positive Auswirkung, dass für die Jahre 2008 und 2009 eine entsprechend geringere Defizitabdeckung zu veranschlagen sei. Dies habe zur Folge, dass der Verwaltungshaushalt im Jahr 2008 voraussichtlich ausgeglichen gestaltet werden könne und im Jahr 2009 bereits ein Überschuss erwirtschaftet werde, welcher dem Vermögenshaushalt für Investitionen zur Verfügung stehe.

Bezüglich des Budget erklärt Herr Lutz, um ein Budgetbuchentwurf fertigen zu können, müssten zunächst die Beschlüsse vorbereitet sein. Daher bitte er darum, die Punkte der haushaltsneutralen Vorfinanzierung abzustimmen und die gemeinsamen Änderungsvorschläge der drei größten Fraktionen zur Diskussion zu stellen und anschließend die Änderungsvorschläge der Fraktion DIE LINKE. im Verwaltungshaushalt zu besprechen.

Hinsichtlich des Vermögenshaushaltes schlägt er vor, zunächst die Positionen durchzusprechen und anschließend die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion zu beraten.

Herr Mecklenburg bedankt sich für die Ausführungen und fasst zusammen, soweit alle Ausschussmitglieder einverstanden seien, könne wie vorgeschlagen verfahren werden. Da sich durch die erhöhten Schlüsselzuweisungen noch einige Dinge verändert hätten und evtl. durch weitere Vorschläge einiger Fraktionen heute nicht abschließend entschieden werden könne, bitte er dennoch darum, die Beschlüsse heute zu fassen. Somit könne dann in der Ratssitzung über eine endgültige Vorlage beraten und abgestimmt werden.

Herr Ammersken erklärt, seine Fraktion sei mit diesem Verfahren einverstanden.

Herr Swieter führt aus, die Haushaltsvorschläge der SPD-Fraktion seien solide und maßvoll, weil es das vorrangige Ziel sein müsse, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren.

Herr Renken erläutert, aufgrund der Tatsache, dass zusätzliche Mittel in Höhe von 3,9 Mio. € gegenüber der Haushaltsplanung zur Verfügung stehen würden, sei erneuter Beratungsbedarf in seiner Fraktion entstanden. Es seien keine neuen Begehrlichkeiten geweckt worden, sondern nach Alternativen in Richtung Ausbau von Bildung und Betreuung in Schulen und Kindertagesstätten gesucht worden. Hier nennt Herr Renken das Projekt „Einrichtung einer Küche von Grundschule und Kindergarten im Stadtteil Barenburg“, welches aus Kostengründen storniert worden sei. Er sei der Auffassung, dass man die Lage neu überdenken und die Mittel zur Verfügung stellen müsse, um dieses mittelfristig hervorragende Projekt zu realisieren. Seiner An-

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

sicht nach gäbe es auch in der SPD-Fraktion etliche Stimme, die ein solches Vorgeben befürworten würden.

Er stellt heraus, ein weiterer Punkt, den er eine größere Priorität zumesse als z. B. der vollständigen Klimatisierung am Landesmuseum, sei die Fortsetzung des Sanierungsprogramms an den Schulen. Ohne zusätzliche Sanierungsmittel könnten keine nachhaltigen Verbesserungen realisiert werden, denn die knapp bemessenen Mittel reichten gerade aus, um die notwendigsten Dinge zu erledigen. Seiner Ansicht nach seien Bildung und Betreuung die Schlüsselbereiche für die Zukunft in den Kommunen. Von daher sei sein Anliegen berechtigt und er hoffe, dass auch die anderen Fraktionen dieses noch einmal überdenken würden.

Herr Ammersken ist der Meinung, dass mit dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP etwas Besonderes gelungen sei. Das Ausgabevolumen in Höhe von 350.000 € im Verwaltungshaushalt verteile sich größtenteils auf Projekte in den Bereichen Familien und Bildung. Er betont, dieses sei gelungen, ohne das Defizit im Verwaltungshaushalt heraufzufahren.

Bezüglich der Veräußerung der stadteigenen Wohnungen an die Gewoba erklärt Herr Ammersken, hier werde kein Tafelsilber veräußert, sondern veredelt. Da dieses Geld u. a. in den Umbau des Museums, in die Nordseehalle und auch in die Sanierung der Schulen investiert werde, könne etwas für die Infrastruktur getan werden.

Herr Bongartz ist erfreut darüber, dass sich alle Fraktionen hinsichtlich des Verkaufs der städtischen Wohnungen an die Gewoba einig seien. Somit stehe der Stadt 1,5 Mio. € mehr zur Verfügung. Auch begrüße er, dass sich der Rat zusammengeschlossen habe und einen überwiegend gemeinschaftlichen Haushalt beschließen wolle.

Weiter führt er aus, hinsichtlich der Klimatisierung im Museum gehe es um den Exponatenschutz und nicht darum, ob die Besucher schwitzen oder frieren würden.

Herr Renken stellt heraus, aus der von der Verwaltung erstellten Übersicht sei nicht ersichtlich, dass die Schulen bei den Gesamtausgaben in besonderer Weise bevorzugt worden seien. Hier läge – wenn die soziale Stadt Barenburg hinzugezählt werde – der Straßenbau weit vorne. Es dürfe nicht aufgehört werden, in dem Bereich Schulen zu investieren.

Im Hinblick auf den Verkauf der Wohnungen an die Gewoba erklärt er, alle Fraktionen seien gemeinsam zu der Überzeugung gekommen, dass es ein sinnvolles Projekt sei, auch wenn es ganz deutlich die Verschiebung eines Teils der Schuldenlast in eine städtische Gesellschaft sei. Dadurch werde es aber möglich sein, wichtige Projekte in dieser Stadt unter den schwierigen Rahmenbedingungen zu realisieren. Aus diesem Grunde habe seine Fraktion zugestimmt. Auch sei er der Ansicht, dass die Sorgen hinsichtlich der Verschlechterung der sozialen Lage der Mieter nicht berechtigt seien, da sich die Gewoba im städtischen Eigentum befindet.

Herr Lutz weist darauf hin, dass gerade die Sanierung von Schulgebäuden unter dem Gesichtspunkt der Energiesparmaßnahmen ein Hauptansatzpunkt im Haushaltsplan sei. Auch die Sanierung von Straßen werde bei dem hier vorhandenen Untergrund immer ein Hauptinvestitionspunkt bleiben.

Abschließend bittet er, jetzt abzustimmen, damit für die Ratssitzung eine neue Vorlage mit den entsprechenden Änderungen gefertigt werden könne.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Mecklenburg erklärt, es werde mit dem Verwaltungshaushalt begonnen und zunächst im Einzelnen über die Vorschläge abgestimmt. Am Ende werde dann über die Vorlage abgestimmt.

Auf die Frage von **Herrn Ammersken** nach der Ausgliederung des Kulturbüros antwortet **Herr Mansholt**, dieses sei die praktische Umsetzung, was im Rat gesagt worden sei. Die Einnahmen und Ausgaben, die bisher im Verwaltungshaushalt beinhaltet waren, werden dort herausgenommen und neu in dem Wirtschaftsplan Kulturbüro veranschlagt. Das sei haushaltsneutral, müsse aber formal gemacht werden.

Herr Mecklenburg lässt dann über die weitergehenden Anträge und hier zunächst über die Anträge der Fraktion DIE LINKE. abstimmen.

Ja: 1	Nein: 12	Enthaltungen: 0
-------	----------	-----------------

Er stellt fest, dass diese Anträge bei einer Stimme abgelehnt seien. Weiter erklärt er, zum Verwaltungshaushalt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gäbe es keine weiteren Anträge.

Dann lässt Herr Mecklenburg über die Anträge der Fraktionen SPD, CDU und FDP zum Verwaltungshaushalt „Einnahmen und Ausgaben“ abstimmen.

Ja: 12	Nein: 0	Enthaltungen: 1
--------	---------	-----------------

Er stellt fest, dass die Anträge somit angenommen seien.

Herr Lutz gibt noch einige Erklärungen zum Vermögenshaushalt und erläutert, für den Ausbau des Hinter Tiefs würden 60.000 € zur Verfügung gestellt. Von Hinte aus soll das Hinter Tief vom Entwässerungsverband ausgebaggert werden. Dafür seien Ausschreibungen gemacht worden. Die Stadt Emden gehe nunmehr davon aus, dass eine Verlängerung der Ausbaggerungen nur ca. die Hälfte kosten werde, als eine neue Ausschreibung und Baustelleneinrichtung. Deshalb schlage die Verwaltung vor, sich dem Entwässerungsverband anzuschließen.

Frau Eilers begrüßt diesen Vorschlag ausdrücklich und erklärt, dadurch könne auch der Wassertourismus angekurbelt werden.

Herr Mecklenburg stellt fest, da es keine weiteren Wortmeldungen gäbe, stimmt der Ausschuss dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Er ruft dann die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf und lässt darüber abstimmen.

Ja: 2	Nein: 9	Enthaltungen: 2
-------	---------	-----------------

Herr Mecklenburg erklärt, damit seien die Anträge abgelehnt worden.

Er lässt nunmehr über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Herr Ammersken betont, es geht hier nicht nur um den Bürgersteig. In diesem Bereich gäbe es eine stark frequentierte Bushaltestelle in Richtung Borssum. Aus seiner Sicht sei es untragbar, sodass hier unbedingt etwas getan werden müsse. Daher stelle die FDP-Fraktion den Antrag, hierfür 13.500 € einzustellen.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Lutz entgegnet, es handele sich hier um eine Landesstraße, für die das Land zuständig sei. Die Verwaltung könne das Land selbstverständlich noch einmal auffordern, diesen Gefahrenpunkt zu beseitigen. Jedoch könne es nicht möglich sein, dieses auf eigene Kosten zu machen.

Herr Renken kann nicht nachvollziehen, warum dieser Betrag extra ausgewiesen werde. Seiner Ansicht nach lasse er sich subsumieren unter der normalen Haushaltsposition.

Herr Ammersken antwortet, es gäbe eine Begründung, warum der Betrag ausgewiesen werden soll. Es soll dieser Gefahrenpunkt deutlich gemacht werden.

Ja: 2	Nein: 10	Enthaltungen: 1
-------	----------	-----------------

Herr Mecklenburg stellt fest, dass dieser Änderungsantrag somit abgelehnt sei.

Anschließend lässt er über die Anträge der Fraktionen SPD, CDU und FDP zum Vermögenshaushalt abstimmen.

Ja: 12	Nein: 0	Enthaltungen: 1
--------	---------	-----------------

Herr Mecklenburg erklärt, somit seien diese Anträge angenommen worden

Abschließend lässt Herr Mecklenburg über die Beschlussvorlagen in der geänderten Form abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage T15/0073 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007 mit den in der Niederschrift dargestellten Änderungen. Diese Änderungen werden in der Vorlage 15/0073/01 eingearbeitet.

Ergebnis: einstimmig

Ja: 12	Nein: 0	Enthaltungen: 1
--------	---------	-----------------

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2010
Vorlage: 15/0074

Abweichender Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des im Budgetbuch 2007 enthaltenen Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2010

Ergebnis: einstimmig

Ja: 12	Nein: 0	Enthaltungen: 1
--------	---------	-----------------

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 7 Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 15/0076

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit je 344.600 €

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Feststellung des Maßes einer angemessenen Aufwandsentschädigung für Vertretungstätigkeiten in Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts
Vorlage: 15/0153

Herr Lutz erklärt, zu diesem Tagesordnungspunkt liege auch eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Dort werde die Verwaltung gebeten, eine komplette Aufstellung anzufertigen. Leider sei es in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, alle 33 Einrichtungen einzeln abzufragen. Er führt aus, bei der Gesellschaft der Stadtwerke würde die höchste Aufwandsentschädigung gezahlt. Diese läge bei 600 € pro Aufsichtsratsmitglied und 1.200 € pro Aufsichtsratsvorsitz. Bei allen anderen Gesellschaften läge man deutlich darunter.

Herr Renken begrüßt, dass die Änderung bezüglich der Aufwandsentschädigungen in den verschiedenen Gremien auf einer gesetzlichen Grundlage stattgefunden habe, sodass damit die Eigentätigkeiten der Gesellschaft transparent würden.

Er erkundigt sich, ob auch die Vertretung im Verwaltungsrat in der Sparkasse darunter fallen würde. Weiter fragt er an, ob die 600 € für jede Gesellschaft gelte oder ob es sich hierbei um einen kumulierten Wert handele.

Herr Lutz erwidert, man habe die Aufwendungen für jede einzelne Gesellschaft habe und somit gelte dieser Wert auch einzeln. Ansonsten gehe es um Unternehmen und Einrichtung in der Rechtsform des privaten Rechts. Sparkassen seien Anstalten und von daher Organisationen des öffentlichen Rechts. Deshalb dürfe hier diese Regelung nicht gelten.

Beschluss: Als Maß einer angemessenen Aufwandsentschädigung für die Tätigkeit als Vertreterin oder Vertreter der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts wird 600,-- € als jährliche Gesamtvergütung festgesetzt.
Für den Aufsichtsratsvorsitz wird als angemessenes Maß der jährlichen Gesamtvergütung 200 % der Höhe der Aufwandsentschädigung des entsprechenden Aufsichtsratsmitgliedes festgesetzt.
Für Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen wird als angemessenes Maß der jährlichen Gesamtvergütung 75 % der Höhe der Aufwandsentschädigung des entsprechenden Aufsichtsratsmitgliedes festgesetzt.
Bei Vertretungen der Stadt in anderen Organen der Unternehmen und Einrichtungen sowie kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten gilt der Höchstsatz nach Absatz 1 und die weiteren darauf bezogenen Regelungen entsprechend.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 9 Haushaltssicherung
Vorlage: 15/0162

Herr Lutz bezieht sich auf seine Ausführungen zu TOP 5.

Beschluss: Der Rat beschließt
a) das der Vorlage 15/0162 als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept und
b) den beigefügten Haushaltssicherungsbericht 2007.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Änderung Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Emden GmbH;
Vorlage: 15/0194

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt, der Änderung des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke Emden GmbH in § 8 Abs. 7 Satz 3 mit folgender Fassung

„Weiterhin sind Ratsfraktionen und Gruppen, welche bei der Benennung der stimmberechtigten Mitglieder nicht berücksichtigt werden konnten, berechtigt, je ein beratendes Mitglied aus der Mitte des Rates zu benennen.“

zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Änderung Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH;
Vorlage: 15/0195

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH werden beauftragt, der Änderung des Gesellschaftsvertrags der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH in § 8 Abs. 7 Satz 3 mit folgender Fassung

„Weiterhin sind Ratsfraktionen und Gruppen, welche bei der Benennung der stimmberechtigten Mitglieder nicht berücksichtigt werden konnten berechtigt, je ein beratendes Mitglied aus der Mitte des Rates zu benennen.“

zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 12 Bericht aus dem Ideen- und Beschwerdemanagement
Vorlage: 15/0197

Frau Dirksen berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Entwicklung des Ideen- und Beschwerdemanagements. Diese Präsentation ist im Rats- und Bürgerinformationssystem im Internet unter www.emden.de einzusehen.

Herr Mecklenburg bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Eilers ist erfreut darüber, dass eine ihrer Anregungen aufgenommen und das Projekt nicht „Fishing for Beschwerden“ genannt worden sei. Sie bittet um Auskunft, wie mit den Beschwerden umgegangen werde.

Frau Dirksen erläutert bezüglich des Verfahrens, dass zunächst von ihr die Daten und der Sachverhalt erfasst würden. Danach gehe diese Meldung per Mail an den zuständigen Fachdienstleiter, der diese intern weiterleite.

Die Rückmeldungen erfolgten in der Regel vom Bau- und Entsorgungsbetrieb bzw. vom Ideen- und Beschwerdemanagement. Auf jeden Fall würde jeder Bürger eine Rückmeldung erhalten. Zudem bekäme er vorab auch noch eine Eingangsbestätigung oder eine Zwischennachricht.

Frau Burfeind erklärt, sie habe sich in einem Fall an das Ideen und Beschwerdemanagement gewandt und sei erfreut gewesen, wie schnell das Problem gelöst worden sei.

Herr Renken bemerkt, aus den heute vorgelegten Zahlen sei ersichtlich, wie dringend notwendig es gewesen sei, dieses System einzuführen. Es habe sich gezeigt, wie viele Anregungen es geben würde. Beschwerden seien Geschenke, die auch die Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt heben würde.

Herr Bongartz stellt fest, seit Einrichtung des Beschwerdemanagements sei die Anzahl der Leute in den Bürgersprechstunden der Parteien deutlich weniger geworden.

Frau Dirksen betont abschließend, es werde auch aktiv Werbung in den Tageszeitungen etc. betrieben, um den Bürgern auf das Ideen- und Beschwerdemanagement aufmerksam zu machen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 13 Endgültige Erschließungsbeitragsabrechnung der Erschließungseinheit Tholenswehr durch Ablösevereinbarungen - Antrag der FDP-Fraktion vom 25.01.2007 -
Vorlage: 15/0196

Frau Eilers beurteilt das bisherig gelaufene Verfahren als positiv. Als Unruhe entstanden sei, habe sich die Verwaltung gleich bereit erklärt, eine Bürgerversammlung zu begleiten. Dort seien viele Fragen geduldig beantwortet worden.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Ihrer Meinung nach handelt es sich bei dieser Erschließungsbeitragsabrechnung in Tholenswehr um einen Sonderfall, da die Beträge bereits seit 20 Jahren erhoben hätten werden können. Zumal glaube sie nicht, dass zum Zeitpunkt der ersten Zahlung die Straßen fertig gewesen seien und bitte um Prüfung. Auch stoße es auf Unverständnis, dass die Straße jetzt im Laufe des Jahres übertragen werden solle, damit alle Maßnahmen beendet würden und abgerechnet werden könnten. Für sie sei das nur schwer nachzuvollziehen. Weiter fragt Frau Eilers an, ob so auch bei anderen Straßen verfahren werde und warum man den Zustand nicht beibehalten könne. Abschließend bittet sie darum, nicht nur bei besonderen Härtefällen auf die Zahlung zu verzichten oder den Beitrag zu mindern, sondern dieses im gesamten Stadtteil zu tun, da die Straßen kaputt gefahren seien.

Herr Lutz führt aus, es entziehe sich seiner Kenntnis, ob die Straßen damals tatsächlich sofort fertig gestellt gewesen seien. Tatsache sei aber, dass es eine gesetzliche Grundlage gäbe, wonach die Stadt verpflichtet sei, die Anlieger an den Kosten der Erschließungsmaßnahmen zu beteiligen. Da dieser Beitrag nicht zu 100 % umgelegt werden dürfte, müssten auch die Kommunen einen Teil zahlen. Prinzipiell sei es so, dass fast alle Kommunen mit Ausnahme der Stadt Emden für bereits bestehende Straßen, die neu ausgebaut würden, eine Straßenausbaubeitragsatzung hätten. Eine entsprechende Satzung werde die Verwaltung auf Vorschlag der Kommunalprüfungsanstalt dem Rat voraussichtlich im Jahr 2007 vorlegen. Auch sei die Verwaltung seitens der Kommunalprüfungsanstalt darauf hingewiesen worden, dass die Stadt Emden deutlich mehr auf die Einnahmen achten müsse.

Hinsichtlich der Frage, ob die Durchsetzung einer Forderung zumutbar sei, müsse im Einzelfall entschieden werden. So könne generell auch nicht gesagt werden, ob die Zumutbarkeit für einen Stadtteil gegeben sei. Grundsätzlich sei man auch bereit, über Stundungen o. ä. zu sprechen, sodass kein Bürger wegen dieser Forderung aus seinem Haus ausziehen müsse.

Herr Bongartz bemerkt, bereits in der 14. Wahlperiode habe es einen vergleichbaren Fall gegeben. Auch damals seien Baugebiete abgerechnet worden, die sehr alt gewesen seien. Zusammen mit der FDP hätte seine Fraktion den Antrag gestellt, eine Auflistung mit den noch nicht abgerechneten Baugebieten in Emden zu erstellen. Er habe es schon damals nicht für tragbar gehalten, dass über 20 Jahre Baugebiete nicht abgerechnet worden seien. Die jetzt vorgenommene Abrechnung sei die logische Konsequenz daraus, dass der Verwaltungsausschuss seinerzeit aufgrund der Auflistung gefordert habe, die Abrechnungen auch vorzunehmen.

Weiter erklärt er, er stimme Frau Eilers zu, dass es sich hierbei um Zeiten handelt, die der Bürger nicht akzeptieren dürfe. Auch habe er in der Zeitung gelesen, dass die Abrechnung nicht durchgeführt werden konnte, weil sich die Prof.-Ritter-Straße immer noch im Landeseigentum befunden habe. Er bitte nunmehr die Verwaltung, eine vernünftige Lösung mit den Anwohnern zu finden.

Herr Swieter schließt sich den Ausführungen von Frau Eilers und Herrn Bongartz an. Auch er würde es begrüßen, wenn mit den Bürgern eine entsprechende Lösung herbeigeführt werde.

Frau Eilers fragt an, ob auch noch andere Stadtteile betroffen sein könnten. Auch bitte sie bezüglich des Prozesses der Übertragung des Landeseigentums auf die Stadt um umfassende Information. Weiter weist sie darauf hin, dass gerade junge Familien, die dort ein Haus erstanden hätten, von einer ganz besonderen Härte betroffen seien. Auch könnte sich die Kontaktaufnahme mit evtl. Vorbesitzern schwierig gestalten und zu Streitigkeiten führen.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Abschließend erklärt Frau Eilers, grundsätzlich sei sie natürlich dafür, dass diese Erschließungsbeiträge erhoben würden. Allerdings müsse dieses zeitnah und für die Leute nachvollziehbar geschehen.

Herr Lutz entgegnet, normalerweise würden diese Abgaben mit dem Grundstückseigentum übergehen. Dennoch könne in einigen Fällen im Vertrag zwischen Verkäufer und Käufer eine abweichende Regelung getroffen worden sein. Wenn für die Klärung Zeit benötigt werde, sei dieses nicht das Problem. Es gehe nur darum, dass jetzt endlich rechtsgültig festgestellt werde, wer was zu zahlen habe. Die Stadt Emden werde versuchen, jedem Einzelnen entsprechend entgegenzukommen.

Weiter führt er aus, im Verwaltungsausschuss sei darüber berichtet worden, in welchen Fällen noch nicht abgerechnet worden sei. Die Verwaltung habe dann den Auftrag bekommen, diese Fälle nachzuprüfen und abzurechnen.

Hinsichtlich des Landeseigentums der Straße erklärt Herr Lutz, eine Anfrage beim Land habe ergeben, der Übertragungsprozess sei vor Jahren nicht weiter geführt worden, da man sich mit dem Entwässerungsverband nicht einig geworden sei, da Teile des Flurstücks innerhalb der Wasserfläche liegen würden. Aktuell sei davon auszugehen, dass noch in diesem Jahr eine Übertragung erfolgen könne, sodass dann die Abrechnung erfolge.

Frau Eilers erkundigt sich, ob nun auch die Böschung gefertigt werde.

Herr Lutz ist der Ansicht, dass die Böschung im Allgemeinen zum Kanal gehöre. Daher wäre es recht ungewöhnlich, wenn sie jetzt noch zur Straße gerechnet würde.

Anmerkung der Protokollführung:

Zur Übertragung der Professor-Ritter-Straße war es, wie bereits in der Sitzung ausgeführt, bisher nicht gekommen, da es zwischen dem Land Niedersachsen und dem Entwässerungsverband hier noch einiger Abstimmung bedurfte. Nicht zuletzt die Frage des Grenzverlaufes zwischen dem Flurstück, welches die Wasserfläche inklusive Böschung beinhaltet und dem Flurstück bzgl. des eigentlichen Straßenkörpers war ein Abstimmungspunkt. Die Stadt würde ein Flurstück übernehmen, welches den Straßenkörper beinhaltet, jedoch nicht die Böschung. Die Böschung würde hingegen mit dem Kanal an den Entwässerungsverband übertragen werden. D. h. im hier vorliegenden Fall, dass sich die Frage der Berücksichtigung der Böschung im Zusammenhang mit den Erschließungsbeiträgen nicht stellt. Hinzu kommt, dass nach einschlägiger Rechtsauffassung eine Böschung nicht zur beitragsfähigen Erschließungsanlage zählt.

Herr Mecklenburg fasst zusammen, die Ausschussmitglieder seien sich einig, dass zunächst einmal eine rechtliche Klärung der noch unklaren Punkte erfolgen sollte, bevor die Bescheide rechtswirksam würden. Weiterhin werde im Verfahren sehr auf die persönlichen Verhältnisse der einzelnen Betroffenen geachtet. Dieses sei der gemeinsame Wille aller Fraktionen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Änderung der §§ 18 und 20 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Emden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.01.2007
Vorlage: 15/0190

Frau Eilers erklärt, die FDP-Fraktion habe den Antrag der SPD zum Anlass genommen und darum gebeten, auch den Musikschulleiter neben dem Leiter der Volkshochschule als beraten-

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

des Mitglied aufzunehmen. Sie könne aber nicht nachvollziehen, warum die Verwaltung damals nicht schon darauf hingewiesen habe, dass die Anzahl der beratenden Mitglieder laut NGO eigentlich zu hoch sei.

Herr Lutz entgegnet, im November und Dezember 2006 hätten Vertreter der Kommunalprüfungsanstalt sämtliche Bereiche der Stadt Emden geprüft. In der anschließenden Schlussbesprechung sei sowohl die relativ hohe Anzahl der beratenden Mitglieder in den Ausschüssen als auch die Anzahl der Ratsmitglieder moniert worden.

Herr Büüsker ergänzt, bereits bei der Änderung der Geschäftsordnung in der 14. Wahlperiode sei eine Zusammenlegung der Fachausschüsse sowie eine Verringerung der Anzahl der Ratsmitglieder und der beratenden Mitglieder von der Verwaltung vorgeschlagen und auf die Problematik hingewiesen worden. Leider habe der Rat anders entschieden.

Herr Bongartz erinnert daran, dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag nicht zugestimmt habe, den Leiter der Volkshochschule als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung aufzunehmen. Nunmehr würden sie den Leiter der Musikschule als ein weiteres beratendes Mitglied vorschlagen. Dennoch stimme seine Fraktion diesem Antrag zu.

Frau Eilers erklärt, ihre Fraktion habe ganz deutlich gesagt, dass keine weiteren Aufnahmen gewünscht würden. Wenn jetzt aber der Leiter der Volkshochschule als beratendes Mitglied aufgenommen werde, so sollte der Leiter der Musikschule entsprechend seiner Kompetenz ebenfalls aufgenommen werden.

Herr Renken bemerkt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich seinerzeit dagegen gewendet, weitere beratende Mitglieder in diesen Ausschuss aufzunehmen und fühle sich durch den Antrag der FDP bestätigt. Seiner Meinung nach müsse jetzt konsequent der Vertreter der Volkshochschule wieder herausgenommen werden, um wieder ordentliche Verhältnisse zu schaffen. Dieses müsse jedoch die SPD-Fraktion wollen, da sie die Mehrheit habe. Er könne nur empfehlen, die Ratschläge der Kommunalaufsicht zur Kenntnis zu nehmen und ernsthaft zu beraten.

Herr Bongartz stimmt Herr Renken grundsätzlich zu und schlägt vor, die ganze Angelegenheit noch einmal zu überdenken und heute nicht darüber abzustimmen, da damit wieder vollendete Tatsachen geschaffen würden. Seiner Ansicht nach sollte im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung diskutiert werden, ob tatsächlich der Leiter der Volkshochschule als beratendes Mitglied vertreten sein müsse.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 15 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 16 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.